

<p>STELLUNGNAHME zur Anfrage</p> <p>FDP-Gemeinderatsfraktion</p> <p>vom: 08.12.2015 eingegangen: 08.12.2015</p>	<p>Gremium:</p> <p>Termin:</p> <p>Vorlage Nr.:</p> <p>TOP:</p> <p>Verantwortlich:</p>	<p>21. Plenarsitzung Gemeinderat</p> <p>16.02.2016</p> <p>2015/0765</p> <p>10</p> <p>öffentlich</p> <p>Dez. 1</p>
<p>Prüfung einer Projektpartnerschaft mit dem baden-württembergischen Partnerland Burundi</p>		

Auf der Basis des Prüfauftrags vom Februar 2014 hat die Stabsstelle Außenbeziehungen eine Projektpartnerschaft mit einer Kommune oder Region in Burundi geprüft. Gemäß dem Prüfauftrag wurde eine Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der vor Ort in Burundi tätigen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Rahmen des Dezentralisierungsprogramms (Schwerpunkt: Auf- und Ausbau von kommunalen Verwaltungsstrukturen) eruiert. Das Ergebnis wurde dem Hauptausschuss in seiner Sitzung am 21. April 2015 vorgelegt. Eine Projektpartnerschaft in dem oben genannten Bereich wurde nach eingehenden Gesprächen mit Vertretern des BMZ, der GIZ, der deutschen Botschaft in Burundi sowie mit burundischen bzw. in Burundi tätigen Organisationen und Vereinen grundsätzlich für umsetzbar erachtet. Aufgrund der sich bereits im Frühjahr 2015 abzeichnenden politischen Instabilität des Landes wurde von Seiten der Stabsstelle Außenbeziehungen dafür plädiert, erst die Präsidentschaftswahlen im Sommer 2015 und die Entwicklungen in den Monaten nach den Wahlen abzuwarten, um danach eine Entscheidung über eine Projektpartnerschaft zu treffen. Diesem Vorschlag stimmte der Hauptausschuss zu.

Seit den Wahlen hat sich die politische und menschenrechtliche Lage in Burundi sehr verschlechtert. Teilweise wird von bürgerkriegsähnlichen Zuständen - insbesondere in der Hauptstadt Bujumbura - gesprochen. Aufgrund der anhaltenden gewalttätigen Ausschreitungen sind bisher ca. 240.000 Burunder in angrenzende Staaten geflohen. Bereits im Oktober 2015 entschied sich die GIZ, die Krisenstufe 2B auszurufen und ihre Aktivitäten (u.a. auch das Dezentralisierungsprogramm) teilweise auszusetzen. Zudem wurde das Portfolio der GIZ-Aktivitäten verschoben, d.h. die Zusammenarbeit mit Ministerien und politischen Gremien wurde eingestellt bzw. stark eingeschränkt. Der Fokus der Kooperation wurde auf die Zusammenarbeit mit Gesundheitszentren, NGOs und der Privatwirtschaft verschoben. Ob und wie die GIZ-Aktivitäten weitergeführt werden, entscheidet sich voraussichtlich im 2. Quartal 2016.

Von der Aufnahme einer Projektpartnerschaft im oben genannten Sinne - insbesondere von Verwaltungsmitarbeiteraustausch zum Fach- und Wissensaustausch - wird von Seiten des BMZ und der GIZ derzeit abgeraten. Das Land Baden-Württemberg hat die Kontakte zur staatlichen Ebene seit mehreren Monaten eingestellt. Trotz der politischen Krise soll aber an der Länder-Partnerschaft weiter festgehalten werden. Durch die Organisation von Vernetzungstreffen wird der Austausch zwischen burundischen Organisationen und Vereinen in Deutschland gefördert und unterstützt.

Um trotz der schwierigen politischen Umstände einen Beitrag zur Länder-Partnerschaft zu leisten, eruiert die Verwaltung, inwiefern Kooperationen im Rahmen der Lokalen Agenda entwickelt werden können (z.B. Kooperationen über Fair Trade-Artikel).